



Wir am 1. Mai in Berlin und anderen Städten. Die Gewerkschaftsjugend hat gesagt: Das ist unser Tag

**Ausgabe Mai 2013**

## inhalt

### 3 thema

Tolle Zukunft: Jugend ohne Rente

### 4 schule, ausbildung, studium + beruf

Die DGB-Pläne zur Hauptschule  
Ausbildungsqualität made in Kassel

### 5 jav-ratgeber

So geht JAV-Sitzung

### 6 Projekte

Rettet das Ehrenamt!  
jungeNGG: In Richtung gutes Leben

### 7 bezirke + gewerkschaften

GEW zum Hochschulpakt  
IG BAU: Wahlalter 16

## Ausbildung ist Zukunft

**SchülerInnen sagen: Der Berufseinstieg der jungen Generation darf kein Mängelbetrieb sein.**  
Von Armin Alizadeh

**1**.500.000 – Das ist die Zahl der jungen Menschen unter 30 Jahren ohne Berufsabschluss in Deutschland. Im Jahr 2012 konnten drei von zehn ausbildungsinteressierten Jugendlichen keine Berufsausbildung beginnen. Seit 1995 gehört der Ausbildungsplatzmangel in der Bundesrepublik zu einem der zentralen gesellschaftlichen Probleme. Seitdem versucht die Politik, die Situation mit Hilfe von Notprogrammen und Ausbildungspakten zu entschärfen, doch alle Maßnahmen blieben bisher weitgehend wirkungslos. Jahr für Jahr erhalten hunderttausende SchulabgängerInnen keinen Ausbildungsplatz und werden im »Übergangssystem« zwischengeparkt, um es nach einer Weiterbildungsmaßnahme noch einmal zu versuchen. Das dschungelartige System voller Warteschleifen und Zwischenstopps verschlingt jedes Jahr Milliarden an Steuergeldern. Trotzdem schaffen es die wenigsten danach in eine Ausbildung.

**Doch wie wichtig** ist die Ausbildung überhaupt? Dazu hält die Landesschülervertretung (LSV) Hessen in ihrem neuen Grundsatzprogramm fest: »Bildung ist ein Menschenrecht, die Ausbildung ist ein Teil der Bildung, und es ist eine Aufgabe des Staates, diese für alle zugänglich zu machen. Darüber hinaus entscheidet eine qualifizierte Ausbildung über das Einkommen und somit die Lebensgestaltung des Einzelnen.

Es ist aber auch die Berufsbildung, die zukunftsweisend für die ganze Gesellschaft ist.«

Dass Berufsbildung entscheidend für die Zukunft ist, da sind sich alle einig. Nicht zuletzt deshalb ist das Thema des deutschen Fachkräftemangels in aller Munde. 1,5 Millionen junge Menschen sind ohne Berufsausbildung, und zugleich reden Politik und Wirtschaft davon, Fachkräfte würden fehlen. Das passt nicht zusammen. Die Wahrheit ist: Dringend benötigte Reformen setzt die Politik nicht um.

**Ziel muss sein**, allen Jugendlichen beim Übergang von der Schule in den Beruf unabhängig von wirtschaftlichen und demografischen Entwicklungen eine Berufsausbildung zu ermöglichen. Dazu brauchen wir eine Ausbildungsplatzgarantie. Viele Jugendliche werden als »nicht ausbildungsreif« abgestempelt und erhalten nicht einmal die Chance auf einen Ausbildungsplatz. Das muss aufhören! Um allen eine Chance zu geben, muss ein einklagbarer Rechtsanspruch auf Ausbildung verankert werden, am besten im Grundgesetz. Deshalb fordert die LSV Hessen den Bundestag und Bundesrat auf, endlich die Ausbildungsplatzgarantie zu verwirklichen. ▀

DGB-Jugend, GEW, der KV Jugendsozialarbeit und die LSV Hessen laden zur Veranstaltung »Ausbildungsplatzgarantie jetzt!« am 21. Mai 2013 nach Frankfurt/M. Infos: [www.ausbildung-fuer-alle.de](http://www.ausbildung-fuer-alle.de)



Armin Alizadeh ist Vorstandsmitglied der LSV Hessen.

## Umverteilen-Kongress

Ein Bündnis aus Gewerkschaften, Stiftungen und Organisationen lädt vom 24. bis zum 26. Mai 2013 zum Kongress »Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit« in die TU Berlin ein.

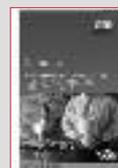
[www.umverteilen-macht-gerechtigkeit.de](http://www.umverteilen-macht-gerechtigkeit.de)

## Schreibt an Katar

Ohne Gewerkschaften könnten beim Bau der WM-Stadien in Katar mehr Menschen sterben als bei der WM Fußball spielen, sagt Sharon Burrow vom Internationalen Gewerkschaftsbund. Helft protestieren!

<http://act.equaltimes.org/de>

## Ferienzeit – Arbeitszeit



Bald ist es wieder soweit: Ferienzeit. Viele Jugendliche arbeiten in Biergärten, Restaurants und Hotels. Dabei gelten besondere Regeln, etwa, was die Arbeitszeiten angeht. Alle Tipps gibt's in der DGB-Jugend-Broschüre »Stimmt so«.

[www.dgb-jugend.de/broschueren](http://www.dgb-jugend.de/broschueren)

## Emil-Rentmeister-Preis

**DGB-Jugend Duisburg** // Am 27. April 2013 hat die Gewerkschaftsjugend Duisburg erstmals den Emil-Rentmeister-Preis für Demokratie und gegen Rechts verliehen. Im Rahmen des DGB-Kongresses »Nazis und Rassismus wirksam entgegnet« wurde der 26-jährige **Nico Becks** für sein gewerkschaftliches Engagement gewürdigt. Der Preis wurde erstmals verliehen und erinnert an das Schicksal der am 2. Mai 1933 von den Nazis ermordeten vier Duisburger Gewerkschafter. Einer der vier war der 27-jährige **Emil Rentmeister**.

[www.dgb-jugend-niederrhein.de](http://www.dgb-jugend-niederrhein.de)

## Situation angespannt

**Ausbildungsplätze** // Die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit im April 2013: 436.838 BewerberInnen standen 420.104 Ausbildungsstellen gegenüber (davon 413.780 betriebliche Ausbildungsplätze). Im Vergleich zum Vorjahresmonat bedeutet dies einen leichten Rückgang um 1,1%.

[www.dgb-jugend.de/themen/ausbildungsstellensituation/aktuelle\\_statistik](http://www.dgb-jugend.de/themen/ausbildungsstellensituation/aktuelle_statistik)

## DGB gegen Stress

**Maßnahmen verlangt** // Der DGB-Bundesvorstand hat sich im April 2013 erneut mit dem Thema arbeitsbedingte psychische Belastungen beschäftigt. Ergebnis: Arbeitgeber und staatliche Stellen müssen ihren Pflichten im Arbeitsschutz, bei der Gestaltung von Arbeitsplätzen und bei der Verbesserung von Arbeitsbedingungen nachkommen.

**Soli aktuell findet:** Weniger Gesundheitschwund dank Deutschem Gewerkschaftsbund.

[www.dgb.de/-/tjM](http://www.dgb.de/-/tjM)

## Gegen Jugendarbeitslosigkeit

**Kampagne gestartet** // Venro, der Zusammenschluss von rund 120 deutschen Nichtregierungsorganisationen, hat zum 1. Mai 2013 seine Kampagne zu menschenwürdiger Arbeit gestartet. Explizit wird auch die Jugend genannt: International abgestimmte Strategien und Jobgarantien seien dringend notwendig.

[www.venro.org](http://www.venro.org)

## Neues Konzept

**Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit** // Laut den »Deutschen Wirtschafts Nachrichten« möchte Bundeskanzlerin **Angela Merkel** (CDU) die Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen. Aus diesem Grund soll die EU ab 2014 sechs Mrd. Euro locker machen. Doch statt damit staatlich finanzierte Arbeitsplätze zu schaffen, sollen nach dem Willen Merkels ältere ArbeitnehmerInnen in Frührente geschickt werden. Unternehmen könnten dann im Gegenzug verpflichtet werden, die so frei gewordenen Arbeitsplätze mit Jüngeren zu besetzen.

**Soli aktuell meint:** Hebt sich alles wieder auf. Letztes Jahr wollte Frau Merkel, dass alle später in Rente gehen.

## Menschen ohne Abschluss

**Thema der Politik** // »Ausbildung ist originäre Aufgabe der Wirtschaft.« Na, das ist doch mal ein Satz. Er stammt aus der Antwort der Bundesregierung auf die kleine Anfrage der Grünen-Bundestagsfraktion zum Thema »Junge Menschen ohne Berufsabschluss«. Denn in Deutschland haben ca. 15% der jungen Erwachsenen keinen. Die Grünen wollten wissen, ob und wie die Regierung auf dem Gebiet tätig ist.

**Soli aktuell denkt an Fußball:** Deutschland ist abschlusschwach.

[www.bagkjs.de/3975](http://www.bagkjs.de/3975)

## Studi-Zahlen purzeln etwas

**Weniger neue Uni-BesucherInnen** // Offiziellen Berechnungen zufolge nahmen 2012 rund 493.500 junge Menschen ein Studium an einer deutschen Hochschule auf. Das waren etwa 5% weniger als 2011. Besonders deutlich war der Rückgang in den Ingenieurwissenschaften, die 2012 fast 9% weniger StudienanfängerInnen zu verzeichnen hatten.

[www.destatis.de](http://www.destatis.de)

## Neue Kampagne

**Jugendverbände gegen Generalverdacht** //



Grüne und Linksjugend haben die Kampagne »Ich bin linksextrem« gestartet: »Wir nehmen dem Verfassungsschutz die restliche Arbeit ab und bieten eine Plattform, auf der man sich zu seinem persönlichen Linksextremismus bekennen kann«, verkünden die beiden Polit-Jugend-Organisationen. Die Definition von Linksextremismus sei wissenschaftlich diffus und politisch willkürlich. Wer »irgendwie gegen Kapitalismus oder Neonazismus« sei, werde oft schon als linksextrem eingeordnet. So haut's die Linksjugend jedes Jahr in den Verfassungsschutzbericht. Die Kampagne soll auch ein Zeichen gegen die Extremismusklausel und den damit verbundenen Generalverdacht gegenüber antifaschistischen Initiativen setzen.

**Soli aktuell denkt:** Ganz schön extrem.

[www.ich-bin-linksextrem.de](http://www.ich-bin-linksextrem.de)

## Fachkräftemangel

**Vereine und Organisationen: Nachwuchssorgen** // Mit fast 600.000 Organisationen sind Vereine die häufigste Rechtsform der organisierten Zivilgesellschaft in Deutschland. Jeder zweite Deutsche ist Mitglied in einem Verein, viele gleich in mehreren. Doch fehlender Nachwuchs und Wettbewerbsdruck bereiten vielen Vereinen Sorgen, wie die ForscherInnen der Projektgruppe Zivilengagement in ihrem neuen »WZBrief Zivilengagement« warnen. »Vereine befinden sich an den Grenzen der Belastbarkeit.« (Siehe auch Seite 6.)

**Soli aktuell meint:** Die Ehrenamtsorganisationen sind in Gefahr!

[www.wzb.eu/de/publikationen/wzbrief-zivilengagement](http://www.wzb.eu/de/publikationen/wzbrief-zivilengagement)

## Europa schließt ab

**Schulentwicklung** // Immer weniger junge EuropäerInnen brechen die Schule ab und immer mehr haben einen Hochschulabschluss. Das geht aus den Zahlen hervor, die die Europäische Statistikbehörde Eurostat im April 2013 veröffentlicht hat. Im EU-Durchschnitt belief sich der Anteil der SchulabbrecherInnen im vergangenen Jahr auf 12,8% und ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Prozentpunkte gesunken. In Deutschland ist die Abbrecherquote von 11,7 im Jahr 2011 auf 10,5% im vergangenen Jahr gesunken.

**Soli aktuell meint:** Ein schöner Trend.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-13-324\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-324_de.htm)

## Master-Probleme

**Studienplätze** // Jetzt hat auch das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) herausgefunden: Der Bedarf an Masterstudienplätzen wird in den nächsten Jahren dramatisch steigen. Im Spitzenjahr 2016 könnten rechnerisch 36.000 Bachelor-Absolvierende auf den Beginn des Masterstudiums verzichten müssen, sollten die CHE-Prognosen eintreffen.

**Soli aktuell sagt:** Selbst die Wirtschaft merkt's.

[www.che.de/downloads/CHE\\_AP\\_159\\_Masterprognose\\_2013.pdf](http://www.che.de/downloads/CHE_AP_159_Masterprognose_2013.pdf)

## Politik und Ausbildung

**SPD: Verbesserungen geplant** // Die SPD hat sich viel vorgenommen: Ganz fix will sie eine Ausbildungsgarantie für junge Menschen, die spätestens drei Jahre nach dem Schulabschluss keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Außerdem soll der Ausbildungsbonus weiterentwickelt und der Maßnahmen-Dschungel gelichtet werden.

[www.spdfraktion.de](http://www.spdfraktion.de)

## ver.di klagt

**Streikrecht** // ver.di hat gegen die Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) zum kirchlichen Arbeitsrecht Verfassungsbeschwerden eingelegt. Das BAG hatte in seinem Urteil im November 2012 das kirchliche Selbstordnungsrecht über das Grundrecht auf Streik gestellt.

[www.verdi.de](http://www.verdi.de)

## Mist!

**Soundbite I** // »Kapitalbesitzer tragen zum Gemeinwohl nur wenig bei.«

**DGB-Vorstand Dietmar Hexel über die hohe Wahrscheinlichkeit weiterer Wirtschaftskrisen.**



D. Hexel

## Ach so

**Soundbite II** // »Die Frauenquote beleidigt Frauen im Arbeitsleben!«

**Die stellvertretende Vorsitzende des Jungen Wirtschaftsrates in der CDU, Christina Kirschbaum**



C. Kirschbaum

# Schlecht versichert

»Von der Generation Praktikum zur Generation Altersarmut« lautet die Überschrift einer neuen Metall-Rente-Studie. Soli aktuell hat sich das Bedrohungsszenario angesehen.

Alle Jahre wieder wird auch die junge Generation mal gefragt, was sie von aktuellen Trends hält. Jetzt liegt eine neue, höchstinteressante Studie von Deutschlands prominentestem Jugendforscher Klaus Hurrelmann vor, die die Sicht der 17- bis 27-Jährigen auf ein brisantes Thema darstellt: die Rente. Am 30. April 2013 wurden die Studienergebnisse in Berlin vorgestellt. Titel: »Jugend, Vorsorge, Finanzen. Von der Generation Praktikum zur Generation Altersarmut.« 2.500 junge Menschen wurden dafür vom Institut TNS Infratest im Auftrag der MetallRente befragt, dem Zusammenschluss der IG Metall und des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall in Sachen Betriebsrente.

wachsenen sorgen regelmäßig für ihr Alter vor. Die anderen sparen sich das Renten-Sparen. Und womöglich ein erhebliches Desaster, das sie mit privaten Rentenpapieren erleben könnten. Denn, wie Hurrelmann sagt: »Die jungen Leute fühlen sich bei dieser elementaren Frage der Zukunftssicherung überfordert, schlecht informiert und von Staat und Politik im Stich gelassen.«

Da können sie sich ja mit den Älteren glatt die Hand geben. Wie die Studie zeigt, sind sich die Befragten in Deutschland mehrheitlich durchaus bewusst, dass sie etwas für ihre Altersvorsorge tun müssen. Ihre grundsätzlich optimistische Zukunftssicht verführt sie gerade nicht etwa zu Sorglosigkeit, sondern geht mit einer durchaus planerisch-rationalen (83 Prozent) und sozial engagierten Lebenshaltung (84 Prozent) einher.

Die jungen Leute sind auch durchaus sparsam. 55 Prozent der Befragten sparen sogar regelmäßig und weitere 30 Prozent unregelmäßig. Aber nur noch 63 Prozent von denen, die aktiv sparen, legen ihr Geld für die zusätzliche Absicherung im Alter zur Seite. Stattdessen investieren sie mehr in Ausbildung und Studium, um sich fit zu machen für den Arbeitsmarkt. Oder für mehr Urlaub.

Wie kommt's? Nur eine knappe Hälfte der Befragten stuft sich bei finanziellen Themen als kompetent ein. Nur eine Minderheit (31 Prozent) traut sich zu, Begriffe wie »Riesterrente« zu erklären.

Doch was ist Inkompetenz? TNS-Studienleiter Thomas Gensicke macht klar, dass die Jugend doch ein wenig ökonomisch gebildet ist. »In der Oberschicht glaubt man noch an das Märchen von der privaten Altersvorsorge. In der Unterschicht nicht mehr.« Das bedeutet: Den Banken und Versicherungen trauen die Betroffenen nicht mehr.

Des Rätsels Lösung: die teilinstitutionelle, betriebliche Vorsorge, wie sie die MetallRente zum Beispiel darstellt. Diesem Modell vertraut die junge Generation auch. Im Arbeitsverhältnis kann die Notwendigkeit der Vorsorge glaubwürdig und kostengünstig vermittelt werden. Und: 67 Prozent der befragten Jugendlichen, die in eine betriebliche Altersvorsorge einzahlen, erhalten bereits einen Zuschuss vom Arbeitgeber. Hurrelmann: »Es wäre wünschenswert, dass alle Gewerkschaften in ihren Tarifverhandlungen intensiv auf solche Modelle hinwirken.«

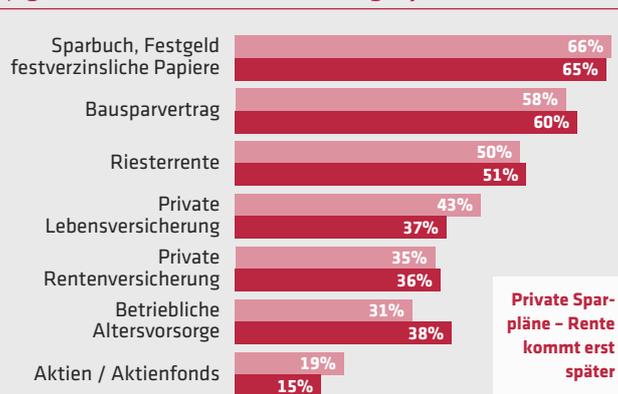
»Allerdings müssen die Rahmenbedingungen für diese institutionelle Form der Altersvorsorge unbedingt verbessert werden«, fordert MetallRente-Geschäftsführer Heribert Karch. Die betriebliche Altersversorgung brauche endlich ein deutliches Bekenntnis der Politik: mehr Rechtssicherheit für kollektive Beteiligungsmodelle, mehr steuerliche Flexibilität und gerechtere Sozialversicherungsbeiträge.

**Abschließende Frage:** Wie wäre das eigentlich, wenn man einfach zu einer – qualitativ verbesserten – staatlichen Rente zurückkehren würde? »Da würden junge Leute jedenfalls freudig zustimmen«, sagt Hurrelmann. Die seien übrigens auch dafür, dass Selbstständige und Beamte einzahlen. »Die nächste Bundesregierung sollte jedenfalls noch mal grundsätzlich über die ganze Rente nachdenken«, meint der Jugendforscher.

Und vor der Bundestagswahl können die Parteien ja mal überlegen, wie sie die jungen WählerInnen per Rentenbescheid zur Urne bringen. Die DGB-Jugend hat das schon mal ganz wirtschaftskompetent formuliert: »Wir brauchen eine Rentenpolitik für junge Menschen. Statt kurzfristiger Beitragssenkungen müssen wir langfristig Rücklagen im Rentensystem aufbauen, damit auch noch kommende Generationen eine sichere gesetzliche Rente haben.«

Klaus Hurrelmann u.a.: Jugend, Vorsorge, Finanzen – von der Generation Praktikum zur Generation Altersarmut? Beltz Juventa, Weinheim 2013, 220 S., 12,95 Euro

## Jugendliche, die für die Altersvorsorge sparen



Private Sparpläne – Rente kommt erst später

Jugendliche im Alter von 17 bis 27 Jahren (■ = 2009, ■ = 2012) MetallRente GmbH, Jugend, Vorsorge, Finanzen 2013

Zehn Jahre nach der gravierenden »Rieser«-Reform, dem Ausstieg aus der staatlichen und Einstieg in die private Vorsorge, wollten Hurrelmann und seine AutorInnen wissen, wie die junge Generation aufs Alter schaut – auf ihr eigenes. Wie lebt sich's im Jahr 2060? Wo die doch noch so viel Zeit zum Vorsorgen hat.

**Eine Frage mit viel Kawumms:** Denn wie soll ein Berufeinsteiger, dessen erste Berührung mit der Jobwelt eine Ausbildung ohne Übernahme-garantie, ein Studium mit unkonkreten Aussichten oder eine befristete Anstellung ist, damit zurecht kommen, dass eine staatliche Rente nie und nimmer reicht, es aber gleichzeitig eine unübersehbare Masse dubioser privater Versicherungsangebote gibt?

Nein, sagt die befragte Jugend, dafür ist mir gerade mein Geld zu schade. Das zentrale Studienergebnis: Nur 38 Prozent der jungen Er-

## Für eine solidarische Alterssicherung

Das fordert die DGB-Jugend:

- eine armutsfeste solidarische Alterssicherung, die Abschaffung der Rente mit 67
- die Sicherung des heutigen Rentenniveaus – Armut im Alter nach einem erfüllten Arbeitsleben muss ausgeschlossen werden
- den Aufbau einer Demografie-Reserve und einer nachhaltigen Rentenpolitik mit Perspektive
- abgesicherte, flexible Übergänge in die Rente – um rentennahen Jahrgängen den Ausstieg aus dem Erwerbsleben zu erleichtern und so jungen Menschen Beschäftigungsperspektiven zu eröffnen
- eine paritätische Finanzierung der Alterssicherung – und eine Erwerbstätigenversicherung, in der alle arbeitenden Menschen solidarisch für das Alter abgesichert sind. //

www.jugend-macht-ansagen.de

# Hauptschule killt dich

**Nicht zu glauben: Jeder zweite Jugendliche mit Hauptschulabschluss bleibt nach der Schule ohne Ausbildungsplatz – Tendenz steigend. Der DGB fordert: Unternehmen sollten sie gezielt ausbilden.**

**W**eite Teile der Wirtschaft haben die HauptschülerInnen anscheinend abgeschlossen. Immer weniger Unternehmen geben diesen jungen Menschen eine Chance auf einen Ausbildungsplatz. Trotz merklich sinkender Bewerberzahlen ist in den vergangenen Jahren der Anteil der HauptschülerInnen im Übergangssystem gestiegen. Der Nationale Bildungsbericht 2012 spricht von einer faktischen Abschottung der Hälfte der Ausbildungsberufe gegen Jugendliche mit maximal einem Hauptschulabschluss.

Mittlerweile haben 52 Prozent der Jugendlichen in den Warteschleifen einen Hauptschulabschluss. »Die Klagen über den Fachkräftemangel und die schlechten Chancen von Hauptschülern auf dem Ausbildungsmarkt passen nicht zusammen«, sagt die stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. Die faktische Abschottung vieler Ausbildungsberufe gegen Ju-



**Macht Druck in Sachen Hauptschule: Ingrid Sehrbrock**

gendliche mit niedrigeren Schulabschlüssen müsse schleunigst beendet werden.

»Hierzu brauchen die Unternehmen auch Hilfe. Deshalb sollten ausbildungsbegleitende Hilfen zu Regelangeboten für die Betriebe ausgebaut werden«, sagt Sehrbrock. Dabei wird für jeden Auszubildenden in Abstimmung mit dem Ausbildungsbetrieb ein individueller Förderplan erstellt, anhand dessen die Lernschritte und Lernerfolge verfolgt werden können. Das unterrichtende Personal setzt sich in der Regel aus erfahrenen AusbilderInnen und Lehrkräften zusammen. Die sozialpädagogischen MitarbeiterInnen unterstützen die Auszubildenden bei deren beruflichen und privaten Problemen und helfen bei Lernproblemen und Prüfungsangst. Sehrbrock: »Die ausbildungsbegleitenden Hilfen sind wirksam: 83 Prozent der Jugendlichen sind sechs Monate nach der Ausbildung in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung.«

**Als Hauptgrund** für die schlechten Chancen von HauptschülerInnen ist der Mangel an Ausbildungsstellen zu sehen, die für diese Bildungsgruppe erreichbar sind. Der Markt allein gewährleistet keine »vollständige Integration aller ausbildungssuchenden Jugendlichen«, wie in

einer neuen Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts in der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) festgestellt wird. Die wachsende Konkurrenz durch BewerberInnen mit höheren Schulabschlüssen führe zu verringerten Ausbildungschancen: Die Betriebe »sehen Hauptschüler inzwischen häufig als »normabweichende Minderheit« an – unabhängig davon, ob sie für die zu vergebende Stelle geeignet wären oder nicht«, heißt es beim WSI. ▀

Die WSI-Studie im Internet:

[www.boeckler.de/wsi\\_41950.htm](http://www.boeckler.de/wsi_41950.htm)

## Die WSI-Datenlage

**2,2 Millionen** junge Menschen zwischen 20 und 34 Jahren haben keinen Berufsabschluss.

**45,2 Prozent** von ihnen verfügen über einen Hauptschulabschluss.

**19,5 Jahre** beträgt das durchschnittliche Einstiegsalter in eine duale Ausbildung.

**21,7 Prozent** der Betriebe bilden überhaupt aus – der niedrigste Stand seit 1999.

## Und wo bleibt die Qualität?

**Bad Practice: Die DGB-Jugend Nordhessen kritisiert die »Online-Ausbildungsumfrage 2013« der IHK Kassel-Marburg.**

Na, das hatte sich die Industrie- und Handelskammer (IHK) Kassel-Marburg schön zurechtgelegt: Im April präsentierte sie die Ergebnisse ihrer »Online-Ausbildungsumfrage 2013«, an der sich nordhessische Unternehmen beteiligen konnten, um ein Stimmungsbild über die Ausbildungslage in der Region zu erstellen. Sehr zum Missfallen der DGB-Jugend. »Es ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar, wie man mit solch einem mageren Datensatz Aussagen im Namen der nordhessischen Wirtschaft treffen möchte«, sagt DGB-Jugendbildungsreferent André Schönewolf.

Der Grund für den Unmut: Mit 118 befragten Unternehmen genüge die Studie quantitativ nicht mal im Ansatz wissenschaftlichen Gütekriterien. Schönewolf: »Hinzu kommen offensichtliche qualitative Mängel sowie eine nur stark eingeschränkte Aussagekraft aufgrund einer völlig willkürlichen Auswahlmethodik. An dieser Studie hätte sich praktisch jeder betei-

ligen können, der den Newsletter der IHK bezieht«, so Schönewolf.

Trotz alledem zeigen die Ergebnisse, dass die Lage der Unternehmen nicht so schlecht ist, wie es Arbeitgeberverbände und Kammern immer darstellen: »86 Prozent geben an, keine Probleme zu haben, ihre Ausbildungsstellen mit qualitativ guten Bewerbern zu besetzen. Die Unternehmen, die immer nur die angeblich mangelnde »Ausbildungsreife« der Jugendlichen im Blick haben und dies als Vorwand für ihre fehlende Ausbildungsbereitschaft anführen, sollten sich ein Beispiel an den Betrieben nehmen, in denen der individuelle Qualifizierungsbedarf eines Jugendlichen erkannt und angegangen wird«, sagt der junge Gewerkschafter.

Dass nur elf Prozent der befragten Unternehmen bereit seien, ihre Ausbildungsbereitschaft zu erhöhen, wertet Schönewolf als falsches Signal: »Die Anzahl der angebotenen betrieblichen Ausbildungsplätze ist seit

Jahren rückläufig. Wir erwarten, dass mindestens sieben Prozent der Beschäftigten eines Unternehmens Auszubildende sind und wollen dafür eine gesetzliche Ausbildungsplatzumlage.«

Die DGB-Jugend Hessen-Thüringen hat im vergangenen November in ihrer repräsentativen Studie »Ausbildungsreport 2012« auf zum Teil eklatante Missstände im Ausbildungsbetrieb hingewiesen: Demnach haben nur 64 Prozent der Azubis einen betrieblichen Ausbildungsplan, 39 Prozent leisten regelmäßig Überstunden und in vielen Branchen liegt die Ausbildungsvergütung unterhalb von 500 Euro.

Hinzu kommen oftmals grobe Verletzungen des Jugendarbeitsschutzes sowie wenig Perspektiven nach der Ausbildung. André Schönewolf: »Wenn die IHK etwas über die Ausbildungsqualität in ihren Unternehmen erfahren möchte, sollte sie einen Blick in unseren Ausbildungsreport werfen.« ▀



**Gefällt überhaupt nicht, was die IHK da treibt: André Schönewolf**

[hessen-thueringen.dgb.de/jugend/](http://hessen-thueringen.dgb.de/jugend/)

# Ohne Sitzung geht es nicht

**Eine einköpfige JAV hat's leicht – die kann mit sich diskutieren, wann und wo sie will. Bei einer größeren Belegschaft muss aber ordentlich gesehen werden. Das Soli-aktuell-Special zur richtigen Beschlussfassung.**

## Beschlussitzung

Mitglieder einer Jugend- und Auszubildenden-Vertretung (JAV) können nicht einfach ihre persönliche Meinung als die der JAV ausgeben. Sie müssen auf Sitzungsbeschlüsse warten. Aber welche rechtlichen Vorgaben müssen dafür beachtet werden?

Die JAV ist berechtigt, nach Verständigung des Betriebsrats eigene Sitzungen durchzuführen (§ 65 Betriebsverfassungsgesetz, BetrVG). Die Einberufung der JAV-Sitzungen gehört zu den Aufgaben des oder der JAV-Vorsitzenden. Die Sitzungen sollen nach Möglichkeit während der regulären Arbeitszeit und im Betrieb durchgeführt werden. Und am besten regelmäßig zum gleichen Termin.

Der vorsitzende JAVi muss den Zeitpunkt der beabsichtigten Sitzung Betriebsrat und Arbeitgeber mitteilen. Hintergrund: Der Betriebsratsvorsitzende bzw. ein anderes Betriebsratsmitglied ist berechtigt, an der JAV-Sitzung beratend teilzunehmen.

Und der Arbeitgeber muss wissen, dass die JAV-Mitglieder in der Zeit nicht arbeiten bzw. nicht ausgebildet werden können. Außerdem muss die Raumfrage geklärt werden – meist nutzen JAVis den Besprechungsraum des Betriebsrats. Zudem muss der JAV-Vorsitzende eine Tagesordnung festlegen.

Danach müssen alle ordentlichen JAV-Mitglieder rechtzeitig unter Mitteilung der Tagesordnung eingeladen werden. Rechtzeitig – das bedeutet: Die JAV-Mitglieder müssen noch die Gelegenheit haben, sich nach Kenntnis der Tagesordnungspunkte ausreichend vorbereiten zu können.

**Beispiel:** JAV-Vorsitzende Birgit wird zu einer außerordentlichen Betriebsratssitzung eingeladen. Hier soll die beabsichtigte fristlose Kündigung eines Azubis beraten werden.

**Achtung:** Die JAV soll und wird die Angelegenheit vorher besprechen.

**Wichtig:** Die Einladung und Mitteilung der Tagesordnungspunkte sollte nach Möglichkeit schriftlich bzw. per E-Mail erfolgen, nur in Eilfällen auch per Telefon. Für die eingeladenen JAV-Mitglieder sollte eines klar sein: Im Fall einer Verhinderung muss dieser Umstand der Vorsitzenden Birgit möglichst sofort mitgeteilt werden, damit das entsprechende Ersatzmitglied eingeladen werden kann. Als Verhinde-

rungsgrund zählt z.B. Erholungs-, Bildungs- und Sonderurlaub, Erkrankung, auswärtiger Einsatz und Eltern-/Pflegerzeit.

**Merke:** Ersatzmitglieder, die an der JAV-Sitzung teilnehmen, haben nicht nur den Sonderkündigungsschutz und danach den nachwirkenden Sonderkündigungsschutz, sondern auch für den Zeitraum eines Jahres den Anspruch auf Übernahme gemäß § 78a BetrVG.

**Vorsicht:** In dem Fall, dass ein JAV-Mitglied schlicht keinen Bock hat, an der Sitzung teilzunehmen, obwohl es ihm möglich wäre, darf kein Ersatzmitglied eingeladen werden.

**Die Praxis:** Die Einberufung einer Sitzung kann auch der Arbeitgeber oder aber ein Viertel der JAV-Mitglieder verlangen. In diesem Fall muss Birgit eine Sitzung einberufen, auch wenn das aus ihrer Sicht nicht gewünscht oder erforderlich ist.

**Nicht vergessen:** Der Betriebsrat erhält zu jeder Sitzung eine Einladung. Der Arbeitgeber nur dann, wenn er entweder die Durchführung einer Sitzung gefordert hat oder von der JAV ausdrücklich eingeladen wurde.

Die zuständige Gewerkschaft sollte ebenfalls über Zeitpunkt, Ort und Tagesordnung informiert werden. Im Fall der ausdrücklichen Einladung besteht für den Jugendsekretär die Möglichkeit, beratend an der Sitzung teilzunehmen. Das Teilnahmerecht des Gewerkschafters besteht bereits dann, wenn ein Viertel der JAV-Mitglieder beantragt, die Gewerkschaft hinzuzuziehen.

Darüber hinaus können auch Gäste eingeladen werden – z.B. Konzern-JAV-Vorsitzende oder die Schwerbehindertenvertretung.

## Sitzungsdurchführung

Die Leitung der gesamten Sitzung obliegt der JAV-Vorsitzenden. Leitung beinhaltet auch das Hausrecht im Sitzungsraum.

## Beschlussfassung

Eine rechtswirksame Beschlussfassung setzt nicht nur die rechtzeitige Einladung voraus, die JAV muss auch beschlussfähig sein. Das ist sie, wenn mehr als die Hälfte aller JAV-Mitglieder an der Sitzung teilnimmt.

**Beispiel:** In den Sommerferien können von einer neunköpfigen JAV unter Ausschöpfung der »Reservebank« lediglich fünf Mitglieder an der Sitzung teilnehmen. Hier liegt Beschlussfähigkeit vor. Werden von der neunköpfigen JAV jedoch nur vier Mitglieder unter Einbeziehung sämtlicher Ersatzmitglieder an der Sitzung teilnehmen können, ist die JAV nicht beschlussfähig.



Der JAV-Ratgeber.  
Mit Rechtsanwalt  
Wolf-Dieter  
Rudolph, Berlin

Desweiteren ist ein Mehrheitsbeschluss erforderlich.

Keine Regel ohne Ausnahme: In folgenden Fällen bedarf es der Mehrheit der Stimmen der Mitglieder der JAV (absolute Mehrheit):

- Verabschiedung einer Geschäftsordnung der JAV
- Antrag auf Aussetzung eines Betriebsratsbeschlusses (§ 66 BetrVG)
- Kompetenzabtretung an die Gesamtjugend- und Auszubildendenvertretung, sodass diese beauftragt ist, eine bestimmte Angelegenheit mit dem Gesamtbetriebsrat zu verhandeln
- Beschluss über den Rücktritt der gesamten JAV.

In diesen Fällen muss immer die Mehrheit der JAV-Mitglieder und nicht die Mehrheit der zufällig anwesenden JAV-Mitglieder zustimmen. Die Abstimmung findet üblicherweise per Handzeichen statt. Eine geheime Abstimmung – generell oder bei einzelnen Tagesordnungspunkten – muss nur dann durchgeführt werden, wenn es in der Geschäftsordnung so festgelegt wurde oder aber die Mehrheit der anwesenden JAV-Mitglieder dieses fordert und beschließt.

## Protokoll

Die Sitzungsniederschrift ist Pflicht! Hier müssen mindestens der Wortlaut der jeweiligen Beschlussfassung und das genaue Abstimmungsergebnis enthalten sein.

Wesentliche Argumente der Diskussion ins Protokoll aufzunehmen, ist auch nicht verkehrt – damit man später nachvollziehen kann, was gelaufen ist.

**Achtung:** Das Protokoll muss von der Sitzungsführung und einem weiteren teilnehmenden JAV-Mitglied unterschrieben werden.

**Nicht vergessen:** Immer an die Anwesenheitsliste denken! Mit der eigenhändigen Unterschrift wird auch die Wirksamkeit einer Beschlussfassung belegt – denn Beschlüsse können wirksam nur in einer Sitzung gefasst werden, in der die TeilnehmerInnen auch persönlich anwesend sind. Umlaufverfahren oder Telefon-/Video – oder Datenkonferenz sind rechtsunwirksam. ▀

# Finger weg vom Ehrenamt!

**Junge Menschen sind so eingespannt, dass keine Zeit für Engagement mehr bleibt, sagt Julia Böhnke.**

Eine neue Studie »Keine Zeit für Jugendarbeit!?« des Forschungsverbundes Deutsches Jugendinstitut und Technische Universität Dortmund zeigt, dass junge Menschen in ihrem ehrenamtlichen Engagement immer stärker unter Druck geraten. Der Deutsche Bundesjugendring (DBJR), in dem auch die DGB-Jugend organisiert ist, konnte die Ergebnisse nun gemeinsam mit den WissenschaftlerInnen in Berlin präsentieren.

Die Studie zeigt, dass sich vor allem Ganztagschule und die Verkürzung der Schulzeit (insbesondere das G8) negativ auf die Aktivitäten junger Menschen auswirken. Das Engagement von SchülerInnen verschiebt sich immer mehr Richtung Wochenende. In den Jugendverbänden, in denen sich aktuell rund sechs Millionen junge Menschen engagieren, sind noch andere Folgen spürbar: Die Planungssicherheit bei Freizeiten nimmt ab, weil sich etwa durch Prüfungen kurzfristig Zeitressourcen verändern. Anfangszeiten von Gruppenstunden verschieben sich Richtung Abend, weil die Nachmittage dicht sind. Es mangelt den Jugendlichen an Zeit,

Aktivitäten ausreichend vorzubereiten. Die Begrenzung auf maximal 35 Stunden verplanter Zeit für SchülerInnen ist deswegen notwendig! Inklusive Unterricht, Wegzeiten, Hausaufgaben und ggf. Nachhilfe.

Desweiteren kann man feststellen, dass die zeitliche Verdichtung bereits ein wichtiges Thema in den Jugendverbänden ist. Drei Viertel der befragten jungen Menschen gaben zwar an, dass sie ihre verbandlichen Aktivitäten gut mit anderen Lebensbereichen vereinbaren können. Etwas mehr als die Hälfte hat laut der Studie auch genug Zeit, ihre Aktivitäten im Verband vor- und nachzubereiten. Allerdings gibt ebenfalls etwa die Hälfte zu, durch die Tätigkeit im Verband häufig gestresst zu sein.

**Der Zeit- und Leistungsdruck** treibt schon junge Menschen ins Hamsterrad. Vor dieser Herausforderung stehen auch Jugendverbände und -organisationen

in Deutschland. Wir brauchen neue Strategien für die Vereinbarkeit von Beruf, Ausbildung und Ehrenamt. Aber auch ein gesellschaftliches Bewusstsein, dass Bildung und Jugendarbeit nicht nur der Produktion von »human capital« dienen. Wichtige Meilensteine auf diesem Weg sind aus Sicht der Jugendverbände neben der 35-Stunden-Woche deswegen: die Anerkennung des ehrenamtlichen Engagements als Weiterförderungsgrund beim BAföG sowie ein »Ferienschutz« – eine Schnittmenge von Sommerferien und vorlesungsfreier Zeit, in der keine verpflichtenden Lehrveranstaltungen oder Leistungsnachweise erbracht werden müssen. ▀



Für die DGB-Jugend beim DBJR: Julia Böhnke

Die Studie »Keine Zeit für Jugendarbeit!?« wird bis Juli 2013 fortgesetzt. Ausgewählte Ergebnisse gibt's auf [www.forschungsverbund.tu-dortmund.de/289/](http://www.forschungsverbund.tu-dortmund.de/289/)

Julia Böhnke ist DGB-Jugend-Aktive und stellvertretende DBJR-Vorsitzende.

# In Richtung gutes Leben

**Gute Arbeit an den Positionen: einen Schritt voraus. Die Bundeskonferenz der jungenNGG.**

Unter dem Motto »Einen Schritt voraus Richtung gutes Leben« tagte die 16. Bundeskonferenz der jungenNGG vom 19. bis 21. April 2013. Mehr als 140 Delegierte waren ins hessische Gladenbach gereist, um über politische Leitlinien und inhaltliche Schwerpunkte der gemeinsamen Arbeit zu diskutieren.

Der Delegierte Benedikt Henke aus Krefeld-Neuss zum Einstieg: »Ich freue mich, die Kolleginnen und Kollegen aus ganz Deutschland ken-

nenzulernen und inhaltlich an den Anträgen für die DGB-Bundesjugendkonferenz im November zu arbeiten, damit wir mit unseren Positionen etwas bewegen können.«

In ihrer Eröffnungsrede wies die stellvertretende Vorsitzende der NGG, Michaela Rosenberger, auf die anhaltende prekäre Situation und die fehlenden Perspektiven vor allem junger Menschen in Deutschland hin. Sie kritisierte, dass Arbeitgeber, unterstützt von Teilen der Bundesregierung, gezielt gesetzliche Regelungen wie das Jugendarbeitsschutzgesetz aufweichen wollen. Auszubildende würden viel zu häufig als billige Arbeitskräfte ausgebeutet. Überstunden, ausbildungsfremde Tätigkeiten und fehlende qualitative Betreuung gehörten für viele Auszubildende zum Alltag. Rosenberger: »Mischt euch ein, denn gutes Leben braucht starke, gut organisierte Gewerkschaften.«

Gute Arbeit und Ausbildung heißt für die jungeNGG: faires Einkommen, von geleisteter Arbeit gut leben, Übernahmegarantie und unbefristete Arbeitsverträge nach der Ausbildung. Außerdem: eine gesunde Balance zwischen Arbeit und Freizeit sowie eine starke betriebliche Mitbestimmung. Darüber hinaus verabschie-

dete die Konferenz eine Resolution zum aktuellen Thema Werkverträge.

Weitere Forderungen: starke Tarifverträge mit Übernahmeregelungen, kostenfreie Lehrmittel und qualitativ hochwertige Ausbildung. »Dafür«, so NGG-Bundesjugendsekretärin Nadine Boltersdorf, »brauchen wir einen starken Rückhalt junger Gewerkschaftsmitglieder in den Betrieben.«

Desweiteren standen die Bundestagswahl 2013 und die damit verbundenen Positionen und Forderungen an die Politik im Fokus der Diskussion. Die jungeNGG engagiert sich daher gegen die fortschreitende Prekarisierung der Arbeitswelt, für eine solidarische und gerechte Gesellschaft, für ein soziales Europa und gemeinsam entschlossen gegen jede Form von Faschismus und Diskriminierung.

Fazit von Bundesjugendsekretärin Boltersdorf: »Weitermachen und unsere Forderungen und Ideen mit Leben füllen und viele kreative und wirkungsvolle Aktivitäten folgen lassen. Ganz nach dem Motto »Einen Schritt voraus Richtung gutes Leben.« ▀

[www.junge-ngg.net](http://www.junge-ngg.net)



Die jungeNGG auf ihrer Konferenz: So geht Politik – rote Karte gegen Rechts

# Scheibchenweise Bildung

**GEW: Der Hochschulpakt wird aufgestockt, die Probleme bleiben.**

Es ist eine gute Nachricht, dass sich Bund und Länder doch noch einigen konnten, die dringendsten Finanzlöcher im Hochschulpakt zu stopfen: Die GEW begrüßt in ihrer Bewertung zwar die Aufstockung der Mittel für den Hochschulpakt. Großen Handlungsbedarf sehen die BildungsgewerkschafterInnen allerdings weiterhin: »Die strukturellen Probleme des Hochschulpaktes sind mit der Einigung nicht gelöst«, sagt Andreas Keller, Leiter des GEW-Vorstandsbereichs Hochschule und Forschung.

Es ist immer wieder das gleiche Spiel: Kurz vor knapp – also wenn der Finanztopf für neue Studienplätze fast leer ist – stellen Bund und Länder widerwillig weitere Finanzmittel bereit. Die dauerhaften Probleme dagegen bleiben. Der Hochschulpakt plant für ein Studium immer nur acht Semester ein, d.h. ein Masterstudium wird höchstens für jeden zweiten Studierenden abgedeckt. Die Finanzierungslücke im Hochschulpakt ist folglich deutlich größer, als Bund und Länder wahrhaben wollen.

Dabei geht es gerade um längerfristige Planungssicherheit: »Mehr Studierende brauchen auch mehr Personal an den Hochschulen. Weil die Finanzierung immer nur scheibchenweise zu-

gesagt wird, stellen die Hochschulen aber viel zu wenig neu ein – und wenn, dann meist nur

befristet. Wollen die Studierenden dann ihre Prüfungen absolvieren, sind die Dozentinnen oder Dozenten häufig schon gar nicht mehr da«, so Keller. »Es mangelt an Kontinuität. Das hat Konsequenzen auch für die Qualität der Lehre.«

[www.gew.de](http://www.gew.de)



Kennt sich aus mit dem Hochschulpakt: GEW-Vorstand Andreas Keller

# Jugend muss wählen können

**Je prekärer das Arbeitsleben, desto wichtiger die Stimme. Die IG BAU bekräftigt ihren Wunsch nach einem Wahlrecht schon ab 16 Jahren.**

Die IG BAU setzt sich für die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre ein. »Junge Menschen übernehmen in der Ausbildung Pflichten. Sie müssen deshalb auch das Recht erhalten, mit ihrer Wahlstimme die Situation, in der sie leben, mitzubestimmen«, sagt der stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger.

Die Debatte sei zwar nicht neu. Aber sie gewinne durch die vielfach prekäre Beschäftigung junger ArbeitnehmerInnen eine neue Brisanz.

Feiger: »Ein Großteil der Auszubildenden startet heutzutage nicht mehr mit Optimismus ins Berufsleben, sondern mit Angst vor der beruflichen Zukunft.«

Nach einer Befragung der Jungen BAU befürchten mehr als 80 Prozent der Auszubildenden in den Branchen der IG BAU, mit ihrer Arbeit künftig keine Familie ernähren zu können. Sie sehen kaum Perspektiven für sich. Trotz ihrer Jugend sorgen sich die Beschäftigten jetzt schon darum, dass sie am Ende ihres kaum begonnenen Arbeitslebens in Altersarmut abrutschen werden. »Die Auszubildenden in Deutschland sehen beunruhigt auf die Lage ihrer Altersgenossen in Südeuropa. Sie wollen nicht ebenfalls zu einer verlorenen Generation wer-

den«, sagt Feiger. Auch unsere Gesellschaft gehe unverantwortlich mit Jugendlichen um. Es gebe zu wenige PolitikerInnen, die sich aktiv für die Belange der jungen ArbeitnehmerInnen einsetzen. Deshalb fordert die IG BAU verbindliche Übernahmeregelungen, eine bessere Ausbildungsqualität und höhere Vergütungen. »Nur mit einem Wahlrecht können junge Beschäftigte die Politik beeinflussen und dazu beitragen, dass ihre Interessen nicht übergangen werden«, stellte Feiger fest.

Die DGB-Jugend hat bereits 2009 beschlossen, sich für ein Wahlrecht ab 16 bei Kommunal- und Landtagswahlen einzusetzen.

[www.igbau.de](http://www.igbau.de)

## Aktivposten

■ Frohe Kunde von ver.di-Bundesjugendsekretär Ringo Bischoff: Die **ver.di Jugend** wächst weiter. »Mit knapp 110.000 jugendlichen Mitgliedern, davon über 31.000 Auszubildende, sind wir ins zweite Quartal 2013 gestartet und setzen damit den Aufwärtstrend weiter fort«, sagt Bischoff. Im ersten Quartal 2013 traten 1.075 Jugendliche ein – ein Zuwachs von 0,99%. Bei den Auszubildenden sind aktuell 825 mehr organisiert als zum Stichtag 31. Dezember 2012 – ein Plus von 2,73%. Die Mitgliederentwicklung ist damit zum dritten Mal hintereinander positiv. **Soli aktuell sagt:** Herzlichen Glückwunsch!

■ Die **DGB-Jugend Thüringen** mischt sich ein – in Politik und Gesellschaft. Das tut sie auch beim Landesjugendring Thüringen. Und der hat jetzt die erste Umfrage der Jugendverbände für die Landtagswahlen 2014 gestartet. Dort kann

man mitentscheiden, wie das »Regierungsprogramm« der Verbände aussehen wird.

**Soli aktuell meint:** So wird mitregiert.

<http://umfrage.ljrt.de>

■ Im Rahmen der Verhandlungen zum so genannten Demografie-Tarifvertrag hat die **EVG** Verbesserungen für die Auszubildenden erreicht. Noch einmal klargestellt werden konnte, dass die Übernahmeregelung für Auszubildende nach erfolgreichem Abschluss der Ausbildung ab sofort gilt. Das bedeutet: Die Deutsche Bahn AG verpflichtet sich, jedem Auszubildenden, der die Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen hat, ab jetzt eine unbefristete Beschäftigung im Konzern anzubieten.

**Soli aktuell lobt:** Kann man voll drauf abfahren, Bahn.

[www.evg-jugend.org](http://www.evg-jugend.org)

■ Und noch mal Übernahme: In den deutschen BMW-Werken werden künftig alle Azubis nach erfolgreicher Ausbildung unbefristet übernommen. Auch die TeilnehmerInnen des DBFH-Programms (Duale Berufsausbildung mit Fachhochschulreife) können die Neuregelung für sich nutzen. Damit haben Betriebsrat und JAV die »Operation Übernahme« der **IG Metall Jugend** weitergedreht. Das beste »Argument« der Jugendlichen: Warnstreiks.

**Soli aktuell klickt:** I like strike.

[www.igmetall-jugend.de](http://www.igmetall-jugend.de)

■ Die **DGB-Jugend Berlin-Brandenburg** ruft zum »Linken Pfingstcamp« am 17. bis 20. Mai 2013 im Störitzland auf. Motto: »Die Sterne vom Himmel holen.« Es gibt jede Menge Aktionen, Diskussionen und schöne Leute.

[www.dgb-jugend-bb.de](http://www.dgb-jugend-bb.de)

**Tipp des Monats**

Bei dem Münchner Prozess um die rassistische Mordserie des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) ist vieles undurchschaubar. Vor allem ist die Rolle der Behörden mehr als ungeklärt. Deshalb hat die unabhängige Beobachtungsstelle »NSU-Watch: Aufklären und Einmischen« ihre Arbeit aufgenommen. Das Portal wird von einem Dutzend antifaschistischer Projekte wie etwa Apabiz e.V. betrieben, die die extreme Rechte seit mehr als zwei Jahrzehnten beobachten. »Wir bündeln als Netzwerk unsere Recherchen und unser über die Jahre zusammengetragenes Wissen«, sagen die Aktiven. Hintergründe und aktuelle Entwicklungen werden auf der Homepage in deutscher und türkischer Sprache dokumentiert.

[www.nsu-watch.info](http://www.nsu-watch.info)

**Literatur gegen Rechts:** Jedes Jahr steigen hierzulande die Zahlen rechter Gewalttaten, und jedes Jahr spielen sie in der öffentlichen Auseinandersetzung eine geringere Rolle. Das »Schwarzbuch Rassismus« will gegensteuern – nicht als wissenschaft-



licher Sammelband, sondern als aufklärendes, illustriertes Lesebuch.

**Walter Gerlach, Jürgen Roth: Schwarzbuch Rassismus, Wallstein, Göttingen 2013, 328 S., 14 Euro**

**Online-Projekt:** Der Fotograf Jan Schenck dokumentiert Orte der von den Nazis organisierten Bücherverbrennungen.

[www.verbrannte-orte.de](http://www.verbrannte-orte.de)

**Seminare – Hattingen**

**Lösungsorientierte Beratung:** (Nicht nur) aktive GewerkschafterInnen befinden sich häufig in Beratungssituationen. Menschen berichten von Problemen oder Konflikten auf der Arbeit, von Stress und Arbeitsverdichtung. Da sind wir gefordert! Genau hier setzt die Fortbildung an und vermittelt euch grundlegend und praxisorientiert die wichtigsten Kenntnisse und Kompetenzen.

**5. bis 8. August 2013, Bernau am Chiemsee**

**Get Organized – Ansprache auf dem Berufsschulhof:** Interessenvertretung vorzustellen oder auch Hilfestellung zu geben, wenn es im Betrieb kracht – darum geht es bei der Berufsschultour. Dieses Seminar macht euch fit, um im Hof-Team zu arbeiten. Achtung: Ihr müsst euch vom DGB-Bezirk benennen lassen.

**9. bis 11. August 2013, DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin – Anmeldungen: [www.dgb-jugendbildung.de](http://www.dgb-jugendbildung.de)**

**Filmtipp:** Melanie ist hübsche 16, hat aber ein bisschen viel auf den Rippen. Schwupps landet sie im Diätcamp, wo sie sich prompt in den Arzt verliebt. Her mit dem schönen Leben: Mit seinem Film »Paradies: Hoffnung« testet Ulrich Seidl die Geschmacks- und sonstigen Nerven. Der Thriller um kalorienzählende Teens hat es zum Festivalknaller geschafft.

**»Paradies: Hoffnung«. A/D/F 2012. Regie: Ulrich Seidl. Mit Melanie Lenz, Joseph Lorenz. Kinostart: 16. Mai 2013**

**Impressum**

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

**Verantwortlich für den Inhalt:**  
Ingrid Sehrbrock

**Herausgeber:** DGB-Bundesvorstand, Abteilung Jugend und Jugendpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin, Tel.: 030 / 240 60 - 172, Fax: - 409

**Projekt:** Mirjam Blumenthal

**Redaktion:** Jürgen Kiontke

**E-Mail:** [juergen.kiontke@dgb.de](mailto:juergen.kiontke@dgb.de)

**Internet:** [www.dgb-jugend.de](http://www.dgb-jugend.de)

**Druck:** PrintNetwork pn GmbH

**Grafik:** Heiko von Schrenk

**Aboverwaltung:** Daniela Linke, Tel.: 030 / 240 60 - 166, E-Mail: [daniela.linke@dgb.de](mailto:daniela.linke@dgb.de)

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Alle Anbieter von Beiträgen, Fotos und Illustrationen stimmen der Nutzung im Internet zu.

# soli aktuell abonnieren!



Das Abo ist kostenlos. Coupon ausschneiden und an die untenstehende Anschrift schicken.

Soli aktuell online abonnieren auf [http://www2.dgb-jugend.de/service/soli\\_aktuell](http://www2.dgb-jugend.de/service/soli_aktuell)

Ich möchte monatlich \_\_\_\_\_ Exemplar(e) bestellen.

vorname

name

organisation

funktion

straße

nummer

plz

ort

unterschrift

DGB-Bundesvorstand  
Abteilung Jugend und Jugendpolitik  
Soli aktuell  
Henriette-Herz-Platz 2  
10178 Berlin